

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 01.07.2018

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Am Montag war es soweit und die Präsidenten des Iran, Syriens und Russlands haben unmittelbar nach dem Wahlerfolg Erdogans, diesem zu seiner neuen Präsidentschaft gratuliert. Aber auch am Montagabend [twitterte das Leut Seibert](#) aus dem Kanzleramt im Namen von Merkela Glückwünsche zu dieser Wahl. Er ließ hören, dass sie, also die BRiDler, Partner der Türkei sein wollen, die stabil und pluralistisch (Auslegung der Grundrechte und sonstiger wertungsbedürftiger Normen) sei. Weiter heißt es im Gesabber, dass die demokratische Teilhabe und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei gestärkt werden.

Ein kleiner Hinweis- Demokratie bedeutet in der westlichen Welt Volksbeherrschung. Wurde aber Erdogan nicht vom Volk der Türkei unmittelbar zum Präsidenten erhoben? Das mag den BRiDlern sehr wohl etwas an die Nieren gehen, denn so etwas auf die BRiD abfärben zu lassen, wäre für die Parteiendiktatur tödlich, würde die Deutschen vielleicht sogar dazu bringen, mit ihrem Selbstbestimmungsrecht, das in den Artikeln 1 der beiden Menschenrechtspakte völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben ist, sich tatsächlich eine Verfassung zu geben. Mit dieser Verfassung könnten dann ordentliche Gerichte in Deutschland den bridlerschen Volksbeherrschern den Prozess machen. Wobei sie derzeit vor den bridlerschen Ausnahmegerichten keinerlei Furcht zu haben brauchen, umsomehr, da sie im § 129Abs. 3 STGB die Straffreiheit für ihr Tun stehen haben und mit § 37 des Parteiengesetzen haftungsbefreit sind.

Merkela & Co. predigen der Türkei Rechtsstaatlichkeit und haben aber selbst keine verfassungsgemäße Grundlage, die das [Rechtsstaatsprinzip](#) darstellt. Keine verfassungsgemäße Grundlage, weil der [verfassungsgebende Kraftakt](#), der seit 1990 in der neuen Präambel zum GG steht, nicht stattgefunden hat.

Zu diesem Problem habe ich erst diese Woche einem ehrlich und aufrichtigen Menschen folgend geschrieben:

„Meine Meinungsäußerung wird sich unmittelbar auf Ihre drei Hypothesen beziehen.

Ihrer Meinung über den guten Herrscher ist uneingeschränkt zuzustimmen.

Wie aber kann die staatliche Kontrolle über die Macht von einem Menschen ausgeführt werden? Da bin ich doch anderer Meinung, denn in einer Volksherrschaft ist wie von mir immer wieder aufgezeigt, der einzelne Mensch in seiner Gesamtheit der Herrscher.

So muß also der Herrscher, also die Gesamtheit der Menschen, die volle Machtkontrolle übernehmen. Nun können aber nicht alle Menschen ständig und immer auf Posten stehen und sich gegeneinander überwachen. Deswegen bedarf es in einer Volksherrschaft keinen König oder Pharaonen, sondern einen Präsidenten, der nicht nur aus Teilen des Volks, sondern vom gesamten Volk in seine Stellung erhoben wird. Das gesamte Volk muß dabei aus mehreren Kandidaten wählen können. Und die Mehrheit des Volkes wird dann sehr wohl den Richtigen als ihren Präsidenten bestimmen, der einem „[Übermenschen](#)“ wie ich ihn beschrieben habe, gleicht.

Dieser Präsident hat dann nach Vorschrift mindestens zweimal im Jahr Rede und Antwort über sein Tun und seinen Erfolg oder Mißerfolg zu stehen.

Diesem Präsidenten sind dann unmittelbar unterstellt der Ministerpräsident (in Deutschland Kanzler genannt) und der Außenminister.

Den Ministerpräsidenten wiederum sind alle nachfolgenden Minister in den inneren Angelegenheiten des Staates unterstellt. Der MP hat die gleiche Rechtstellung wie der Außenminister und beide sind verpflichtet fruchtbar für den Staat zusammenzuarbeiten.

Der MP und der AM sowie die anderen Minister sind wieder den Abgeordneten nach Vorschrift rechenschaftspflichtig. Und die Abgeordneten wiederum sind ihren Wählern gegenüber nach Vorschrift rechenschaftspflichtig.

So müßte die Vorschrift für den Abgeordneten lauten: „Der Abgeordnete ist an die Aufgaben, die ihm die Wähler gestellt haben, gebunden und verpflichtet nach bestem Wissen und Gewissen die Aufgaben bestmöglich zu erfüllen“, also ganz im Gegenteil zum Art. 38 GG.

Sollten die Wähler, die den Abgeordneten ins Parlament gesendet haben, überzeugt sein, daß der Abgeordnete seine Aufgaben nicht nach Vorschrift erfüllt, so muß den Wählern die Möglichkeit nach Vorschrift gegeben sein, den Abgeordneten aus dem Parlament herauszunehmen, um ihn durch einen besseren zu ersetzen. Und das auch innerhalb der Wahlperiode.

In das Parlament werden nach Vorschrift je Wahlkreis

Nur ein Abgeordneter gesendet, der unmittelbar von den Wählern des Wahlkreises dazu bestimmt wird. Dazu bedarf es einer Null-Prozent-Hürde, die wiederum in der Vorschrift festgehalten sein muß.

Parteien haben den Status von Vereinen zu erhalten und vor allem muß ihnen der Haftungsausschluß nach § 37 Parteiengesetz und die Nichtstrafbarkeit nach § 129 Abs. 3 StGB genommen werden.

Damit ist dann gewährleistet, daß die höchste Kontrolle der Machtausübung des Staates durch alle Menschen, die letztendlich den Staat darstellen, ausgeübt wird und in ihrer Mehrheit einen sauberen Willen, der auf einem Gewissen, das der Wahrheit verpflichtet ist, haben. Selbstverständlich muß mit Vorschrift für die eine tatsächliche Gewaltenteilung und deren Kontrolle gesorgt werden. Im selben Maß muß mit Vorschrift die vierte Gewalt, Presse/Rundfunk, verpflichtet werden der Wahrheitsfindung zu dienen um die Halbwahrheiten abzuschaffen.

Diese Vorschriften sind in der Verfassung festzuhalten.

Mit diesen Ausführungen dürfte auch Ihre zweite Hypothese mit meiner Meinung übereinstimmen, bis auf, daß eben ein vom Volk gewählter Präsident und kein Kaiser bzw. Pharao gebraucht wird, da jene besonders ihre Familien in Machtpositionen gesetzt haben um somit ihren eigenen Willen und nicht den des gesamten Volks durchzusetzen.

Auch Ihre dritte Hypothese hat im Grunde nur meine volle Zustimmung.

Und ich möchte hier nur kurz dazu ausführen, daß die Geldschöpfung alleinig dem Staat, also dem Volk, zusteht, denn Geld ist einzig und allein das Tauschmittel für wertschöpfende Arbeit der Menschen. Geld ist also kein Mittel für Spekulationen und das Erreichen von Wucherzinsen. Wenn dieses so geregelt ist, dann ist Ihrem Grundtenor mit Sicherheit genügegetan.

Jawohl, auch mit Ihrer Schlußfolgerung, daß die Probleme an der Wurzel angepackt werden müssen, stimme ich überein. Wobei ich nach wie vor der Auffassung bin, daß es erst einer volksherrschaftlichen Verfassung bedarf, bevor ein Friedensvertrag abgeschlossen werden kann.

Die Frage ist, wer soll denn im jetzigen Stand einen Friedensvertrag abschließen, da es den nach wie vor bestehenden Staat und dessen Feindstaaten betrifft.

Mitnichten ist der tatsächlich nach wie vor bestehende Staat Deutsches Reich wegen mangelnder Organisation dazu handlungsfähig.

Die kaiserliche Verfassung aus dem Jahr 1871 ist mit dem Thronverzicht der Zangengeburt, seines Erben und aller anderen deutschen Fürsten, untergegangen.

Die Weimarer Verfassung ist vom Volk nicht in Kraft gesetzt worden und das Tausendjährige Reich, also das Dritte, stand auf der Grundlage der nicht in kraft getretenen Weimarer Verfassung und der Ermächtigungsgesetze, hat also keinerlei rechtsstaatlichen Hintergrund.

Um einen solchen rechtsstaatlichen Hintergrund/Grundlage zu schaffen, bedarf es erst der Neuverfassung des deutschen Staates um dann eine entsprechende Verhandlungsbasis für den Friedensvertrag zu haben. Der Friedensvertrag, der alle völkerrechtswidrigen besatzungsrechtlichen Maßnahmen bereinigen kann, wie z.B. das durch die drei Westmächte eroberte Gold dem neuverfaßten Staat auszuliefern. Und alle Schuldverschreibungen, die dem nicht handlungsfähigen Staat aufgebürdet wurden, ebenfalls zu bereinigen.

Und nein, nicht der Weg über den Art. 146 GG steht dem deutschen Volk offen, da das GG wegen dem fehlenden verfassungsgebenden Kraftakt des deutschen Volks, rechtsungültig ist, sondern der Weg über die zwei Menschenrechtspakte, in deren Art. 1 das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also auch das des deutschen Volks, verbindlich festgeschrieben steht, steht dem deutschen Volk offen, um seine Selbständigkeit wieder zu erreichen.“

Das Problem, dass das deutsche Volk keine Verfassung für seinen Staat sein Eigen nennt, dürfte aus meinen bisherigen Ausführungen klar zu ersehen sein, zumal ich sie wahrscheinlich manch einem schon bis zum Erbrechen wiederhole.

Das Problem mit dem Friedensvertrag, dessen Erfordernis der sog. 2+4 Vertrag mitnichten erfüllen würde und dieser noch nicht einmal rechtlich in Kraft getreten ist, dürfte inzwischen auch mehr als genug wiederholt sein.

Hier noch einmal für die neuen Leser und natürlich auch für die Nichtleser:

Während der Pressekonferenz der Außenminister am 17.07.1990 in Paris zum Abschluss der 2+4

Verhandlungen wurde von der BRD-Delegation [klar ausgesagt](#), daß eine abschließende Friedensregelung nicht in Betracht gezogen würde; und sich dieser Meinung die DDR-Delegation anschloß.

Aber zurück zur Gegenwart.

Das Merkela meint, daß die bilateralen (zwischenstaatlichen) Beziehungen geprägt wären von einer langjährigen Freundschaft, intensivem Austausch, engen persönlichen Verbindungen. Freundschaft nennt das Merkela die Beziehung der BRiD zur Türkei. Es könnte einem richtig warm werden ums Herz, wenn man denn nicht die tatsächlichen Beziehungen kennen würde. Hat man doch aus der Türkei Arbeitskräfte kommen lassen, für Arbeit, die den Deutschen im zuge des auf dem Marshallplan gestellten Wirtschaftswunders nicht fein genug war und Merkela's Ziehvater Kohl diese am liebsten als sie nicht mehr gebraucht wurden, glatt weg wieder [aus dem Land jagen](#) wollte. Haben die Türken nicht noch vor kurzem Merkela & Co. als Hitlerfaschisten bezeichnet? Ist das freundschaftlich? Haben die BRiDler im zuge der Nato und des USI nicht die Patriotanlagen verwehrt? Haben die BRiDler den Türken nicht die Leopard 2 verkauft, mit denen jetzt die Kurden platt gemacht werden? Ist das alles für die Freundschaft und Völkerverständigung?

Na ja, dafür werden ja von Merkela & Co. Milliarden überwiesen, auf das diese die Flüchtlinge, die in der Türkei festsitzen, nicht weiter nach Europa/BRiD läßt. Dafür wird aber der Türkei die Zugehörigkeit zum neunten Reich/EU verwehrt, denn es könnte ja sein, daß die Türkei das Osmanische Reich wieder herstellt und somit das neue Reich wieder einnehmen will, wie es die Osmanen im späten Mittelalter bereits versuchten.

Die Umbrüche im mittleren und Nahen Osten sind angesprochen worden. Oh ja, da war doch im zuge des WK1 die Zerstörung des Osmanischen Reichs, die Kolonialisierung des mittleren und nahen Ostens durch Frankreich und Großbritannien als Treuhandgebiete über den Völkerbund und im zuge des WK2 die schrittweise Übernahme der Treuhandherrschaft durch den USI und im zuge dessen die UN-Resolution 181 von 1947, mit der zwei Staaten auf Palästinensischem Boden, der vorher zum Osmanischen reich gehörte, geschaffen wurden. Oh, halt! Es wurde ja nur ein Staat, nämlich Israel geschaffen und der zweite Staat also der palästinensische Staat vom zionistischen Regime Israels verhindert. Dafür hat das zionistische Regime dafür gesorgt, daß die Palästinenser weitestgehend aus Israel vertrieben wurden, daß der Gaza-Streifen zu einer Todeszone geworden ist, daß Ostjerusalem annektiert wurde und daß das Westjordanland von israelischen Siedlern nach wie vor weiter besetzt wird und dafür Palästinenser vertrieben werden.

Zeigt das nicht die ganze Schmierenkommödie der BRiDler auf? Nein, noch lange nicht!

Es geht weiter. Da kommt doch das grüne Leut Özdemir des Weges dahergeschlendert und vergleicht die AfD mit der türkischen Regierungspartei AKP. Oh, [welch eine Bosheit meint da der AfDler Spaniel](#), die AfD mit der AKP zu vergleichen. AKP ausgesprochen *Adalet ve Kalkınma Partisi*, bedeutet ins deutsche Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung. Es ist nach Leut Spaniels Worten diffamierend, wenn man die AfD mit Gerechtigkeit und Entwicklung in Verbindung bringt. Und nein, einen Alleinherrscher hat die AfD auch nicht. Und in der AfD huldigt keiner einem Führer, der der Partei angehören würde, denn deren oberste Führer sitzen im Komitee der 300. Und eine Falschaussage wäre es, daß die AfD „unsere“ Demokratie ablehnt. Ja mitnichten lehnt die AfD

die Volksbeherrschung ab, hat sie sich doch deswegen über grundgesetzwidrige Wahlen auf der Grundlage eines rechtlich ungültigen GG in den Bundestag, der da im Reichstag sitzt und „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ gewidmet ist, hieven lassen. Dazu hat sie eine Menge Wähler aus den Bewohnern des Bundesgebietes wieder an die Wahlurnen gebracht, an der diese dann im wahrsten Sinne des Wortes „ihre Stimme **abgeben**“ durften, also unmittelbar nach Einwurf in die Urne zu Asche verbrannt wurde.

Ja, die AfD, die in Einhelligkeit mit allen anderen Bundestagsparteien das Existenzrecht Israels , also des zionistischen Regimes erklärte, was das Schwören der Staatsräson diesem Regime gegenüber darstellt. Die herzallerliebste AfD, die an der Nato festhält, im Parlament des neunten Reichs/EU sitzt und bis dato nichts von dem fehlenden verfassungsgebenden Kraftakt, der in der neuen Präambel steht, wissen will.

Und dann kommt noch ein ganz anderer ins Spiel, die künstlich, aber teuer geschönte Macrone. Einen großartigen Spruch ließ dieses Leut vor kurzem los. Nationalismus wäre die neue Lepra. Ist es etwa möglich, daß die vielen Kosmetika schlechte chemische Mittel in sich haben, die der Macrone lepraartig das Hirn zerstören? Der Begriff *Nationalismus* wird in der heutigen westlichen Welt mit *übersteigertem Nationalbewußtsein* besetzt.

Wie aber bitteschön wird Nationalbewußtsein übersteigert? Ist die Übersteigerung etwa der Wunsch zum Schutz der Heimat vor schlechtartigen fremden Einflüssen? Solche Einflüsse, die das deutsche Volk in die Angriffskriege des USI schießt? Solche Einflüsse, die anderen Rechtsstaaten Sanktionen aufdrückt? Solche Einflüsse, die die Geldwirtschaft in private Hände legt? Solche Einflüsse, die die Infrastruktur nach und nach krepieren läßt? Solche Einflüsse, die das Staatseigentum, also Volkseigentum immer weiter privatisiert und sämtliche Privatisierungen zugunsten der Spekulanten erfolgt, da diese nach wie vor die Gewalt, die Herrschaft über Deutschland besitzen und somit der Art. 20 GG eine reine Farce ist?

Saß deswegen die ungeheuer eingegangene große Koalition von Montag auf Dienstag in der Nacht zur Beratung? Oder war es eine schwarze Messe zu Ehren des Herrn der Finsternis? Zweiteres würden die Ergebnisse dieses Aktes belegen, denn man hat keine Einigung über das Flüchtlingschaos gefunden: Keine Rede war von den Kriegen, den Wirtschafts-, den Finanz-, den militärischen- und den Propagandakriegen. Eines aber haben sie noch gebracht in dieser Nacht; sie haben das Baukindergeld genehmigt und zwar ohne eine Wohnraumbegrenzung auf 120 qm 120 qm mit zwei Kinderzimmern, das ist schon wahrlich sehr großzügig und könnte ohne Probleme drei Kinderzimmer à 15 qm hergeben und es wären für den Rest immer noch 75 qm zur Verfügung. So wird es eine Förderung für Jene werden, die sich überhaupt noch Eigentum an Beherbergung schaffen können, was bedeutet, daß Luxuswohnungen gefördert werden und der Sozialwohnungsbereich wieder einmal völlig zu kurz kommt, wobei Sozialwohnungen niedergewirtschaftet werden um sie dann privatisieren zu müssen und die Privatisierung Renovierung veranlaßt für Luxuswohnungen.

In Bayern gab es den Fall, wovon man aber nicht mehr allzuviel hört, denn ein führender, der die [Sozialwohnungen verkaufte](#), war der neue Ministerpräsident Söder, der einen [Freistaat ohne Staatsvolk](#) regiert.

Der Bundestag legte gleich mit einer Nachtsitzung um Gesetze zu beschließen nach.

Auch im neuen Reich/EU ging es zur Nacht flott daher. Denn das neue Reich braucht die BRiD zur

Finanzierung und die BRiD braucht das neue Reich, auf daß das Volk den Parteien nicht das Handwerk lege.

Merkela berichtete seiner Kumpanei von seinen hervorragenden Ergebnissen in Brüssel, die letztendlich [keine Beschlüsse sondern Wunscherklärungen](#) waren. Es sehe die Forderungen der CSU erfüllt. Und siehe da, tatsächlich meint einer der Stellvertreter, Leut Weber, daß Merkela geliefert hätte (DLF 29.6.18); und die CSU hätte Europa kräftig aufgerüttelt. Und dann wird er zynisch in seiner Ausführung, denn er meint, Europa bleibe weiterhin der Kontinent der Humanität (Menschlichkeit) und man Sorge an der Außengrenze für Ordnung. Leut Dobrint meint, daß er weitere nationale, (rechtsextreme) Maßnahmen für notwendig halte. Welche Maßnahmen für welche eine Ordnung und welche Erfolge meinen diese Herrschaften? Ist es die Ordnung, die seit 2011 in Libyen herrscht und ganz Afrika ergriffen hat, sind es die Maßnahmen, mit denen wieder erst im selben Atemzug [hundert Menschen erbärmlich im Mittelmeer ertrinken](#) sind?

Und alles wird hervorragend durch die drei Gewalten (Legislative/Judikative/Exekutive) geregelt umso mehr, da sie keiner Gewaltenteilung unterliegen. Aber auch die vierte Gewalt hat sich hörbar zu Wort gemeldet und stellt das **DFB-Team**, das heroisch gekämpft hat, in die rechte Ecke. Sie bezeichnet dieses Heldenteam als Nationalmannschaft. Wenn man nach Chemnitzer Richtern geht, müßte die Presse dafür wegen Beleidigung verklagt werden. Denn national ist sehr wohl sehr anrühlich und nach Macrone mit einer Lepraerkrankung zu vergleichen.

Nun gut, das [ppC-Orakel](#) hat es schon am 20.06.2018 verlauten lassen, daß diese rechtsextreme Nationalmannschaft in der Vorrunde ausscheidet.

Rechtsextrem, wie kann man denn einen solchen Begriff verwenden? Vielleicht wegen des [Hochmuts des DFB-Führers](#)? Hat er nicht nach dem heldenhaften Sieg gegen Schweden diese Mannschaft verspottet? Und die Gladiatoren selber haben den schwedischen Fans gezeigt, daß sie Nulpen sind, wie sie es mit dem [Gaucho-Tanz](#) 2014 auf der Berliner Festmeile taten. Eine Frechheit vom rQ dieses heldenhafte Team als rechtsextrem zu bezeichnen. Und dann noch dazu mit dem Hinweis, daß dieses Team eine Nationalmannschaft wäre. Derweil haben die Gladiatoren doch nur ihren Glücksgefühlen freien Lauf gelassen, wozu sie allen Grund hatten, denn sie sind ja immerhin Vierter ihrer Gruppe geworden. Es ist also alles insgesamt der Dienst am Herren der Finsternis um dessen Chaos aufrechtzuerhalten.

Das Chaos, das vom deutschen Volk beendet werden muß. Das deutsche Volk hat durch das völkerrechtlich verbindliche Recht auf Selbstbestimmung die Möglichkeit sich eine Verfassung zu schaffen, wenn es endlich versteht, seine [Umerziehung](#) zu stoppen und die selbstbewußte Eigenverantwortung aufzunehmen.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland
Bundvfd.de